

Fördern und Fordern
als Grundlage moderner
Arbeitsmarkt- und
Wirtschaftspolitik

Mehr Mut zu Wettbewerb und Leistung!

Friedrich Merz

„Wenn wir es in den ersten Jahren nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren“ – das war die Zielvorgabe Gerhard Schröders. Innerhalb kurzer Zeit wollte die rot-grüne Bundesregierung „unter die Marke von 3,5 Millionen Arbeitslosen“ kommen.

Nach vier Jahren zeigt sich: Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Nach den jüngsten Zahlen haben wir es insgesamt mit einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosen auf rund vier Millionen zu tun: Bereits seit Dezember 2000 steigen die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen bis auf eine Ausnahme jeden Monat kontinuierlich an, insgesamt um 260 000 Personen (bis Mai 2002). Nach Angaben von Arbeitsmarktexperten hat die Arbeitslosenzahl im Juni 2002 rund 3,945 Millionen betragen – das ist der höchste Juni-Wert seit drei Jahren.

Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist Ausdruck dafür, dass die rot-grüne Bundesregierung zwar versprochen hat, sich intensiv um das Problem Arbeitslosigkeit zu kümmern, dies aber tatsächlich kaum getan, sondern Arbeitslose links liegen gelassen hat. Die hohe Arbeitslosigkeit ist zugleich ein Anzeichen dafür, dass die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung mehr vom Prinzip Hoffnung auf die Konjunkturentwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika bestimmt ist als von eigenen Aktivitäten wie etwa der Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Kli-

mas und einer ordnungspolitisch fundierten Wachstumspolitik.

Schröders „Politik der ruhigen Hand“ hat zum arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Stillstand in Deutschland geführt. Eine weitgehend paralyisierte Gesamtwirtschaft, die hinsichtlich des wirtschaftlichen Wachstums das Schlusslicht der Europäischen Union bildet, ist das Ergebnis rot-grüner Politik.

Deutschland krankt neben allen handwerklichen Fehlern der rot-grünen Bundesregierung vor allem an

- zu großer Bürokratie und Regelungs-dichte in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt,
 - zu wenig Selbstständigen,
 - zu wenig Erwerbsarbeitsplätzen,
 - einem zu gering entwickelten Niedrig-lohnsektor,
 - dem Fehlen einer ausgebildeten Struktur zur Förderung des Freiwilligenengagements im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich,
 - zu geringer dauerhafter Akzeptanz von Wissenschaft, Forschung und Technologie,
 - zu wenig Anerkennung des Wettbewerbes als tragenden Ordnungsprinzips.
- Dabei ist gerade der Wettbewerb ein unverzichtbarer Innovationsmotor – für die Wirtschaft, aber auch für den Arbeitsmarkt, den sozialen Sektor oder das Bildungssystem. Das gilt erst recht, wenn man bedenkt, dass im Zeichen der Globalisierung die Anforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter steigen.

Bei Ludwig Erhard hieß das Leitbild: „Wohlstand für alle.“ Die mutige Einführung der Sozialen Marktwirtschaft hob damals die kriegsfolgenbedingte Zuteilungswirtschaft zu Gunsten von Markt und Wettbewerb auf. Dieses war zusammen mit der neuen Währung die Grundlage dafür, dass die Arbeitslosigkeit abgebaut und schrittweise Wohlstand für breite Schichten aufgebaut werden konnte.

Der offensichtliche Zusammenhang von Abbau der Arbeitslosigkeit und Aufbau von Wohlstand zeigt eindeutig: Dem Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit muss Priorität eingeräumt werden. Denn das Ziel „Arbeit für alle“ heißt nichts anderes als die Grundsteinlegung für die Schaffung neuen Wohlstandes – allerdings unter den veränderten Bedingungen der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts. „Wohlstand für alle – Arbeit für alle – Chancen für alle“ – das ist der Grundakord für eine moderne, ordnungspolitisch ausgerichtete Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der Nachfolge Ludwig Erhards und Alfred Müller-Armacks.

Der wirkliche „Dritte Weg“

Eine solche Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, das sollte man im Auge behalten, fußt auf der ordnungspolitischen Grundsatzentscheidung für die Soziale Marktwirtschaft. Der historische Rückblick auf deren Entstehungsgeschichte zeigt, dass hier der einzig wirkliche „Dritte Weg“ beschritten wurde. Die Soziale Marktwirtschaft wandte sich damals sowohl gegen staatliche Zwangsbewirtschaftung als auch gegen den reinen Laissez-faire-Kapitalismus. „Markt und Lenkung“, das war die Grundeinsicht von Eucken, Röpke und Müller-Armack, werden hier in eine komplementäre Balance gebracht, ohne dass die Grundspannung aufgehoben wird. Diese Einsicht ermöglichte überhaupt, dass die Soziale

Marktwirtschaft nicht nur als eine wirtschaftliche Nachkriegsordnung aufgefasst, sondern als ein grundsätzliches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell begriffen wurde, das flexibel auf geänderte gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen reagieren konnte. Denn das Verhältnis zwischen „Markt und Staat“, „Markt und sozialem Ausgleich“ ist nicht statisch, sondern dynamisch. Es ist je nach wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Lage immer wieder neu zu interpretieren und auszutarieren. Gerade deshalb kann die Soziale Marktwirtschaft äußerst flexibel sein in Bezug auf die Wandlungen der Arbeitswelt. Da sich zeigt, dass viele Regelungen des Arbeitsmarktes den Anforderungen der Industriegesellschaft, nicht aber denjenigen der entstehenden Wissensgesellschaft entsprechen, ist es sinnvoll, den Ordnungsrahmen und die sozialen Funktionen auch darauf auszurichten.

Soziale Marktwirtschaft ist deswegen nicht einfach die Addition von Markt und immer mehr Sozialpolitik, sondern Erhalt des marktwirtschaftlichen Wettbewerbes und Verteilung nach Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Angesichts des europäischen und globalen Wettbewerbes gilt doch für die Gegenwart und noch mehr für die Zukunft den Ordnungsrahmen anzupassen. Darüber hinaus ist der Umbau des wohlfahrtlichen Sozialstaates im Hinblick auf weniger Regulierung zu Gunsten von mehr Freiräumen, Selbstverantwortung, Teilhabe dringend erforderlich. Dazu gehört auch die subsidiäre Aktivierung des vielfältigen, kreativen Potenzials einer Bürgergesellschaft, die sich in gutem republikanischen Sinn für die Gemeinwohlbelange selbst zuständig fühlt, anstatt von vornherein alles auf den Staat abzuschieben.

Die der Sozialen Marktwirtschaft zu Grunde liegenden Prinzipien sind die Werte Freiheit und Gerechtigkeit, die Grundsätze von Selbstverantwortung,

Selbsttätigkeit und Teilhabe sowie das Organisationsmodell der Subsidiarität. Jeder soll danach Hilfe bekommen, wenn er bedürftig ist, aber die Zuständigkeit liegt erst bei der Familie, dann bei Vereinen, Verbänden, Kirchen und anderen intermediären Institutionen, dann beim Staat durch Kommune, Land und Bund. Subsidiarität ist deshalb zuerst Solidarität im Kleinen durch die Menschen vor Ort.

Diese Prinzipien bilden einen wichtigen Teil des Ordnungsrahmens und gelten zugleich für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Sie lassen die einzelne Person mit ihren Fähigkeiten, Talenten und Vermögen zur Geltung und Entfaltung kommen, um Wohlstand für den Einzelnen wie für die Gesamtheit zu erreichen. Dies bedingt, die dafür notwendigen Freiräume in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, zum Teil durch den Staat, zum Teil gegen den Staat in seinen Ausprägungen ausufernder Bürokratie und wohlfahrtsstaatlicher Regelungen.

Vertrauen auf die Freiheit in allen Lebenssphären, Schaffung von Freiräumen zur Entfaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte und subsidiäre Solidarität bilden das Fundament für eine sinnvolle Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Zurück zu solidem Wachstum

Was müssen wir in diesen Bereichen notwendigerweise tun?

Erstens geht es um eine moderne Steuer- und Wirtschaftspolitik, die den Einzelnen wieder entlastet statt belastet, die Wettbewerb und zugleich die Freiräume für Initiative und Innovation von Unternehmen und Beschäftigten fördert. Die Bundesrepublik Deutschland muss zurück auf einen soliden Wachstumspfad gelangen. Das setzt allerdings eine Wirtschaftspolitik voraus, die über die konjunkturellen Zyklen hinaus in den strukturell notwendigen Reformen langfristig angelegt ist. Dazu bedarf es nicht nur ei-

ner fundierten ordnungspolitischen Konzeption, sondern auch handelnder Politiker, die in langen Wirkungsketten denken. Ordnungspolitik und Langfristigkeit in Bezug auf das politische Denken und Handeln, welches zu einer wirkungsvollen Haushalts-, Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik gehört, sind notwendiger denn je. Beides ist bei der rot-grünen Bundesregierung kaum festzustellen. Politiker mit Weitsicht und ordnungspolitischer Fundierung sind „vielleicht der knappste Faktor in unserer Volkswirtschaft überhaupt“ (so das Mitglied des Sachverständigenrates Jonges) gewesen. Auch deshalb ist ein Regierungswechsel zu Gunsten einer neuen Wirtschaftspolitik notwendig. Die Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft ist bei der Union besser aufgehoben.

Ein Instrument für neue, sinnvolle ordnungspolitische Reform ist die Steuerpolitik. Es gilt, Körperschaftsteuersystem und Einkommensteuersystem zu integrieren, anstelle der Gewerbesteuer eine Kommunalsteuer zu konzipieren, die Besteuerung der Alterseinkommen einzu beziehen, die Steuerfreistellung des Existenzminimums für Erwachsene und Kinder zu regeln und die unterschiedliche Belastung von Kapital- und Personengesellschaften so weit wie möglich zu beseitigen.

Auf längere Sicht müssen Staatsquote, Spitzensteuersatz und Sozialbeiträge unter vierzig Prozent gesenkt werden. Mehr Freiräume und damit mehr Wettbewerb durch eine aktive Steuer- und Wirtschaftspolitik werden Deutschland dann auch hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze voranbringen. Das gilt auch für den Staat. Die Aufhebung bisheriger Zwangsbewirtschaftungen – 1948 die Lebensmittelbewirtschaftung, 1964 die Wohnraumbewirtschaftung und in den neunziger Jahren die Abschaffung des Post- und Telekommunikationsmonopols – hat bisher immer zu besserer

Versorgung mit niedrigeren Preisen beigetragen. Mehr Mut zu Markt und Wettbewerb gilt als Leitsatz künftig nicht nur für die bereits begonnene Liberalisierung der Energiemärkte, sondern vor allem auch für den regulierten Arbeitsmarkt.

Vor allem ist es von besonderer Wichtigkeit, stärker als bisher Innovationen für neue Produkte und Entwicklungen anzustoßen. Als Hochlohnland hängen Wirtschaftskraft, Wohlstandserhaltung und die Finanzierung der sozialen Sicherung mehr, als wir oft glauben, davon ab, dass wir im Weltmaßstab an der Spitze des technologischen Fortschritts stehen. Neue wissenschaftliche Erkenntnis und darauf bezogene angewandte Forschung, Entwicklung und Erfindungen führen zusammen mit effizienter betrieblicher Rationalisierung zu verkaufsfähigen neuen oder weiterentwickelten Produkten sowie zu erheblicher Steigerung der Produktivität. Forschungsförderung und Wirtschaftspolitik müssen deswegen an dieser Stelle für einen besonders großen Entwicklungsfreiraum sorgen.

Fortschritt fördern

Das gilt vor allem in Hinblick auf die international umkämpften Bereiche – wie unter anderem die Kommunikations- und Medientechnologie, Minituarisierungs- und Nanotechnologie, neue Werkstoffe, Robotik, Bionik und die rote und grüne Gentechnik. Das Vertrauen in den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess und die Akzeptanz neuer Technologien werden zu entscheidenden Faktoren in Wirtschaft und Gesellschaft. Als in den achtziger Jahren die Gentechnik über alle notwendige Kritik hinaus als Übel schlechthin bezeichnet und Technikangst geschürt wurde, war die Folge die breite Abwanderung von Wissenschaftlern vornehmlich in die USA. Die Konsequenz ist bis heute spürbar: Die meisten Gentechnik-Patente, die mithilfe deutscher Wissenschaftler entwickelt worden sind, liegen

bei US-Firmen. Bis heute tut sich Deutschland schwer, im Bereich der Bio- und Gentechnik aufzuholen. Wenn wir noch einmal aus überzogener Technikangst einen solchen Fehler machen mit der Folge, dass wieder Spitzenforscher abwandern, werden wir mit enormen Wohlstandsverlusten bestraft werden. Der Anteil Deutschlands am Welthandel mit forschungsintensiven Waren ist gesunken, weil wir zu wenig Spitzenprodukte im High-Tech-Bereich entwickelt haben. Daran sieht man, wie wenig wir es – im Gegensatz zum ausgehenden 19. Jahrhundert, als Deutschland bei den Nobelpreisen führend war – mit einer deutschen Technologieführerschaft im Weltmaßstab zu tun haben. Gerade das aber müsste die Zielmarke sein. Größere Investitionen in die theoretische und angewandte Forschung sind zwingend erforderlich, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands auf Dauer zu gewährleisten.

Marktwirtschaftlicher Wettbewerb stimuliert Effizienz und wirtschaftlich-technischen Fortschritt. Aber er bedarf eines ordnungspolitischen Rahmens, der faire Chancen garantiert. Insbesondere der Klein- und Mittelstand hat unter der rot-grünen Bundesregierung gelitten. 68 Prozent der Bevölkerung schätzen deswegen die Zukunft des Mittelstandes eher schlecht ein. Dabei sind es die kleinen und mittleren Unternehmen, die rund zwei Drittel aller Arbeitsplätze bereitstellen. Allein von 1990 bis 2000 hat der deutsche Mittelstand 2,9 Millionen Stellen geschaffen, während Großunternehmen rund eine Million abgebaut haben. Diese Zahlen sind eine dringende Mahnung zum Verzicht auf weitere Reglementierung, Bürokratie und einengende Vorschriften. Vielmehr sind Grundlagen für Gleichbehandlung und größere Entlastung bei Steuern, Stärkung der Eigenkapitalbasis und eine erheblich geringere Regelungsdichte durch den Abbau administrativer Hemmnisse das Gebot der Stunde. Wer

sieht, dass der Mittelstand bürokratische Belastungen von über dreißig Milliarden Euro verkraften muss und dass dessen Eigenkapitaldecke im Verhältnis zur Bilanzsumme nur rund achtzehn Prozent beträgt (zum Vergleich: in Holland und Belgien beträgt sie 45 Prozent, in den USA fünfzig Prozent), der weiß auch, wie viel wirtschaftliches Wachstum durch eine entsprechende Abgaben- und Vorschriftenentlastung erzielt werden kann. Hinzu müssen Reformen unter anderem bei den gesetzlichen Regelungen zur Scheinselbstständigkeit, zur Teilzeit, zu den befristeten Arbeitsverhältnissen und zur Betriebsverfassung kommen.

Moderne Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Eine moderne Wirtschaftspolitik muss darüber hinaus auch mehr als bisher selbstständige Existenzgründungen unterstützen. Deutschland hat hier gegenüber anderen hoch entwickelten Staaten erheblichen Nachholbedarf. 41 Prozent der Menschen sind der Ansicht, dass es sich in Deutschland nicht mehr lohnt, sich selbstständig zu machen. Aber das Potenzial wäre da: Jeder dritte Deutsche würde sich ganz bestimmt oder unter gewissen Voraussetzungen selbstständig machen, sofern der Staat die Bürokratie zurückbaut. Im Gegensatz zu anderen Staaten vergehen in Deutschland bis auf Ausnahmebereiche noch immer mehrere Wochen und Monate bis zur Genehmigung einer unternehmerischen Existenzgründung.

Zudem brauchen wir eine moderne Arbeitsmarktpolitik. Diese müsste die Konsequenzen aus der lang anhaltenden und immer weiter ansteigenden Erwerbslosigkeit ziehen, das heißt sowohl auf konjunkturelle Entwicklungen reagieren als auch strukturelle Bedingungen für Reformen öffnen.

Das bedeutet, zuerst bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, die Kräfte frei-

legen für höheres wirtschaftliches Wachstum, das dann wiederum neue Arbeitsplätze schafft. Wir dürfen nicht darauf warten, dass sich die Arbeitslosigkeit durch die demografische Entwicklung quasi von selbst verringert.

Hinzutreten muss eine strukturelle Reform des Arbeitsmarktes. Seit Jahren wissen wir, dass das jetzige Regelwerk des Arbeitsmarktes zu Fehlsteuerungen führt. Die „Tyrannei des Status quo“, die der Wirtschaftsnobelpreisträger Gary Becker beklagt, ist gerade hier besonders deutlich. Eine Neujustierung des Anreiz- und Sanktionssystems, Deregulierung und Flexibilisierung sind seit langem überfällig.

Im Weiteren muss es darum gehen, die hohen Bewirtschaftungskosten der Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Es ist unsinnig, dass sich um die Arbeitslosigkeit herum eine Sozialindustrie etabliert hat, die gerade davon lebt, dass es hohe Arbeitslosigkeit gibt. Die Anreizsysteme müssen anders, nämlich auf möglichst schnelle Integration in den Arbeitsmarkt anstelle weiterer Verwaltung der Arbeitslosigkeit und unzureichender Weiterbildungsprogramme, gesetzt werden. Dazu gehört die Schaffung von neuen Job-Centern, die individuelle Hilfen einschließlich spezieller Weiterbildungsangebote zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt bieten. Aufgrund bisheriger Erfahrungen ist ein Anreizsystem sinnvoll, bei dem Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt sind. Den bisherigen Verschiebebahnhöfen zwischen Arbeitsämtern und Kommunen als Trägern der Sozialhilfe würde dadurch endlich ein Ende bereitet. Arbeits- und Sozialämter sollen vielmehr in den Job-Centern zusammenarbeiten, um individuell zugeschnittene, schnelle und flexible Förderung aus einer Hand zu ermöglichen.

In dieser Perspektive muss der Arbeitsmarkt von einengenden Fesseln befreit werden, gerade um den Prinzipien

sozialer Gerechtigkeit, sozialer Sicherung und sozialer Teilhabe wieder Geltung zu verschaffen. Dazu gehört eine entsprechende Sanktions- und Gratifikationsstruktur. Es muss wieder der Grundsatz gelten: Wer arbeitet, muss mehr verdienen als der, der nicht arbeitet und auf Solidarleistungen anderer angewiesen ist. Dazu gehört auch, Anreize zu setzen für die Schaffung eines Niedriglohnssektors, wenn nötig ergänzt um staatliche Zuschüsse wie beispielsweise beim Kombilohn. Auch hier muss der Grundsatz lauten: Es ist besser zu arbeiten als nicht zu arbeiten. Integration in den ersten Arbeitsmarkt ist einer subventionierten Arbeit im zweiten oder dritten Sektor vorzuziehen. Die Hartz-Kommission geht – bei aller Kritik an einzelnen Vorschlägen oder an der Instrumentalisierung durch die Regierung Schröder – mit einigen Vorschlägen an dieser Stelle in die richtige Richtung. Darüber hinaus verfügen wir in Deutschland über eine Fülle von beschäftigungswirksamen Arbeitszeit- und Entlohnungsmodellen, von denen allerdings oft nur Fachleute Kenntnis besitzen. Bekannt wurde das Mainzer Modell, das aber unkritisch angewandt sofort bundesweit als Universalmodell gelten sollte. Demgegenüber wäre es sinnvoller, die unterschiedlichen Modelle gerade dann, wenn sie erprobt und evaluiert sind, öffentlichkeitswirksam bekannter zu machen und vor allem Kommunen zu einem Netzwerk zu verknüpfen, damit geprüft werden kann, welches Modell vor Ort am besten Wirksamkeit entfaltet. Pluralität in der Arbeitsmarktpolitik statt Einheitsverordnung wird sich gerade deswegen bewähren, weil die Wirklichkeit selbst so komplex und vielfältig ist.

Solidarität als Zweibahnstraße

Aktive Arbeitspolitik heißt deshalb für uns, aus Arbeitslosen wieder Arbeitnehmer zu machen. Für CDU und CSU gilt

der Grundsatz: Keiner wird verloren gegeben, jeder gehört dazu, jeder wird gebraucht mit seinen unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Es kommt darauf an, je nach Lebenslage zu fördern, Eigenanstrengungen und Eigeninitiativen zu unterstützen. Aber Fördern heißt zugleich auch Fordern. Was jeder aus seiner Sicht zur Verbesserung der eigenen Situation tun kann, muss auch abverlangt werden dürfen. Dazu gehört darüber hinaus der Einsatz für gemeinwohlorientierte Belange. Solidarität ist immer eine Zweibahnstraße.

Hinzu treten muss eine Offensive für Bildung und Ausbildung. Die PISA-Studie hat nachgewiesen, dass Deutschland bei allen Erfolgen gerade der unionsgeführten Bundesländer im Einzelnen insgesamt im Mittelmaß stecken geblieben ist. Höhere Bildungsleistungen sind aber nicht nur Voraussetzung für die individuelle Entfaltung, sondern auch für eine höhere Produktivität der Wirtschaft.

Nicht zuletzt muss der Dienstleistungssektor gestärkt werden. Hier liegen hunderttausende von Arbeitsplätzen brach. Allerdings kommt es darauf an, dass möglichst unbürokratisch zu handhabende Dienstleistungsplätze geschaffen werden. Auch sollte die in Deutschland unterentwickelte Bereitschaft, Dienstleistungen an- und damit in Anspruch zu nehmen, mit wirtschaftspolitischen Mitteln gestärkt werden.

„Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ – den Ausruf des Industriellen, Intellektuellen und Außenministers der Weimarer Republik, Walter Rathenau, sollten wir heute wieder aufgreifen. Denn es gibt nicht nur einen Zusammenhang zwischen freiheitlicher Politik und freiheitlicher Wirtschaftsordnung, sondern es existiert auch ein Zusammenhang zwischen Ordnungspolitik und Wohlfahrt. Nur die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft hat bisher Freiheit und Verantwortung, Innovation und

Produktion, Leistungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit, Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt erfolgreich zu verbinden vermocht. Es geht deshalb auch um die Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft als gesellschaftlichen Ordnungsrahmen, um deren zu Grunde liegende Werte, Prinzipien und Haltungen. Angesichts einer aufgrund der vielfältigen Problemlagen befremdlichen „Politik der ruhigen Hand“ des Bundeskanzlers, die Stillstand signalisiert, muss es vor allem das strategische Ziel einer modernen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt verbindenden Ordnungspolitik sein, im aktuellen bundesdeutschen Kontext das Verhältnis von Regelung und Freiraum wieder neu auszutarieren und aus bisheriger Verwaltung wieder Gestaltung zu machen. Es geht darum, dem Wandel ordnungspolitisch erneut Richtung und Kontur zu geben. Nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch brauchen wir einen Konsens in der Gesellschaft für Aufbruch, für Reform, für die Neuordnung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gemäß den Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Reform fängt zuerst in den Köpfen an. Neue wirtschafts- und gesellschaftspolitische Energie wird man nur gewinnen, wenn geistige Blockaden aufgegeben werden.

Wir wissen aus Umfragen, dass immer mehr Deutschen bewusst ist, dass Reformen unumgänglich sind, auch wenn

sie nach dem St.-Florians-Prinzip die guten Reformfolgen bei sich, die schlechten beim Nachbarn abladen möchten. Reformbereitschaft ist eine unabdingbare Ressource für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Dazu gehören zum Ersten mehr Dezentralität und Stärkung der „kleinen Einheiten“, insbesondere der Kommunen, die nicht nur finanziell „ausbluten“, sondern in ihren Gestaltungsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt werden. Dazu gehören zum Zweiten mehr Möglichkeiten zur Eigengestaltung, mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Vertrauen auf Eigeninitiative und Selbstverantwortung, mehr Zutrauen zum Menschen als freiheitlichem Wesen. Und dazu gehören zum Dritten mehr Freiräume für Leistung und mehr Anforderung an Leistung von der Schule über den Beruf bis hin zur Freiwilligentätigkeit. Leistungsbereitschaft ist eine ebenso wichtige mentale Ressource wie Reformbereitschaft.

79 Prozent der Deutschen sind inzwischen, wie Umfragen ergeben, dazu bereit, mehr zu leisten und produktiver zu arbeiten. Mehr Arbeitsplätze und höherer sozialer wie individueller Wohlstand werden die Folge von größerer Reform- und Leistungsbereitschaft sein. Am 22. September wird sich entscheiden, ob wir in Deutschland eine Regierung bekommen, die dafür dann auch die entscheidenden arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen setzt.

Vier Jahre ohne Richtung

„Reformen hat es zwar reichlich gegeben, jedoch der erhoffte und versprochene Erfolg in Form von Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätzen und Sicherheitsgewinn hat sich nicht eingestellt. Er konnte sich nicht einstellen, weil diese Reformen nicht erfolgs-, sondern konsensorientiert waren; weil die Koalition zwar viel Bewegung in die Politik gebracht hatte, aber keine Richtung; weil man an den immerwährenden Aufschwung glaubte und für den Abschwung keine Vorsorge traf.“

Stefan Dietrich am 25. Juni 2002 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*